

Die nationalsozialistische Agrarpolitik im österreichischen Alpenraum : eine "Tiefland-Agrarpolitik" im alpinen Hochland?

Autor(en): **Siegl, Gerhard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Histoire des Alpes = Storia delle Alpi = Geschichte der Alpen**

Band (Jahr): **17 (2012)**

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-583386>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die nationalsozialistische Agrarpolitik im österreichischen Alpenraum: eine «Tiefeland-Agrarpolitik» im alpinen Hochland?*

Gerhard Siegl

Résumé

La politique agricole nationale-socialiste dans les Alpes autrichiennes: une politique agricole de plaine dans les régions alpines?

Cet article étudie la position économique et idéologique des paysans de montagne de l'Autriche au sein de la politique agricole nationale-socialiste. Avec l'annexion de l'Autriche en mars 1938, le Troisième Reich dut faire face à un type d'agriculture spécifique tant du point de vue topographique que structurel. Au lieu de supprimer les exploitations de montagne – comme le demandaient certains fonctionnaires de Ministère des finances et de la Reichsbank et comme l'aurait voulu la logique de l'économie de guerre – le Reich créa un département spécial (le «Berglandabteilung») pour leur gestion. Les nombreuses «actions» suggérées et développées par le «Berglandabteilung» se révélèrent très bénéfiques pour la paysannerie de montagne au point de vue matériel. A défaut d'arguments économiques, il faut voir dans cette démarche une expression de l'idéologie «du sang et du sol» dont les effets ont longtemps été sous-estimés. Les paysans de montagne et leurs exploitations étaient considérés, en effet, comme le meilleur «berceau» pour élever la «race nordique» et, par conséquent, considérés comme supérieurs aux paysans de la plaine.

Im März 1938 hat sich Deutschland mit Österreich ein Land einverleibt, das in seiner Landwirtschaft sowohl topographisch wie auch strukturell deutlich von den Gegebenheiten des «Altreichs» abwich. Im folgenden Beitrag wird es um die Frage gehen, ob und wie die reichsdeutsche Agrarverwaltung für die

österreichischen Verhältnisse adaptiert worden ist beziehungsweise – um bei der Titelformulierung zu bleiben – ob und wie die deutsche «Tiefland»-Agrarpolitik auf die Herausforderung des alpinen Hochlands reagiert hat. Es stehen deshalb weniger die landwirtschaftlichen Gunstlagen in den österreichischen Flachlandregionen als vielmehr die Entwicklung in den alpinen Bergbauernregionen von 1938 bis 1945 im Zentrum der Untersuchung.

Strukturelle Veränderungen

Die Entwicklung der österreichischen Agrarwirtschaft in der Zwischenkriegszeit war von einem starken Auf und Ab gekennzeichnet und in Summe stagnierend. Durch die Nachkriegsinflation quasi über Nacht entschuldet, stand sie vor der Herausforderung eines neu ausgerichteten, nun wesentlich kleineren Binnenmarktes. Das Wegfallen der Hauptanbaugebiete der Monarchie, vor allem Ungarns, bot mit der nunmehr allein aus österreichischen Anbaugebieten zu versorgenden Grossstadt Wien die Chance für kräftiges Wachstum im Agrarbereich. Der österreichische Getreide- und Zuckerrübenanbau wurde forciert, um die Abhängigkeit von Importen zu vermindern. Erfolgreiche Neuerungen bei Düngung und Saatgut liessen die Produktion rasch ansteigen. Da von einer umfangreichen Technisierung beziehungsweise Mechanisierung der österreichischen Landwirtschaft vor 1950 nicht die Rede sein konnte, beruhte die Mehrproduktion nicht auf der Erhöhung der Arbeitskraftproduktivität, sondern fast ausschliesslich auf der verbesserten Flächenproduktivität. Allerdings stieg die landwirtschaftliche Produktivität weltweit an, sodass sehr rasch ein Überangebot, bei gleichzeitig stagnierender und teilweise sogar sinkender Nachfrage, vorhanden war. In der Folge sanken ab 1927 die Erzeugerpreise rapide, während gleichzeitig die Vorräte stiegen.¹ Die Weltwirtschaftskrise verstärkte diesen Trend. Die Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe gingen zurück, die Rentabilität sank und die Verschuldung stieg erneut an. Gleichzeitig fand eine schon früher einsetzende, aber sich stetig verstärkende allmähliche Veränderung am Arbeitsmarkt für Landarbeiter statt. Ländliche Arbeitskräfte lehnten die Entlohnung in Naturalien unterschiedlichster Art immer mehr ab und verlangten in Anlehnung an die Verhältnisse in der Industrie zusehends Barlöhne.² Viele landwirtschaftliche Betriebe flüchteten sich aufgrund dieser Entwicklung in Schulden oder in die Ausbeutung der (familien)eigenen Arbeitskraft. Besonders stark ausgeprägt war die Verschuldung in den Bergbauerngebieten. Ulrich

Kluge resümierte: «Seit 1929 ruinierte die Agrardepression die überwiegende Mehrheit der österreichischen Bergbauern besonders nachhaltig, so daß viele von ihnen die Höfe verlassen mußten. Ende 1932 zeigte sich das Ausmaß der sozialen und wirtschaftlichen Verödung der Bergregionen deutlich: Seit 1918 hatten insgesamt 40'000 Bergbauern ihre Höfe verlassen.»³ Versteigerungen und Zwangsexekutionen landwirtschaftlicher Betriebe nahmen zu. Der «Austrofaschismus» unter den Bundeskanzlern Dollfuss und Schuschnigg brachte keine Besserung. Die politisch begründete agrarische Sonderstellung wirkte sich nur auf Grossbetriebe und die Agrarindustrie positiv aus, während für die Masse der Klein- und Mittelbetriebe nur unzureichende Massnahmen («Besitzfestigungsaktionen») gesetzt wurden.⁴

Österreich wurde im März 1938 vom nationalsozialistischen Deutschland besetzt. Sehr rasch wurden die deutschen Agrarstrukturen auf das nunmehrige «Land Österreich», das später «Ostmark» und ab 1941 «Donau- und Alpenreichsgaue» heissen sollte, übertragen. In der Landwirtschaft war der Umbruch von 1938 deutlich spürbar. Agrarfunktionäre wurden ausgetauscht und durch Beamte aus dem «Altreich» ersetzt, bestehende Strukturen wurden zerschlagen und die neuen wie Reichsnährstand, Marktordnung und Reichserbhofgesetz installiert. Besonders die Etablierung der Marktordnung dürfte revolutionär gewirkt haben. Immerhin erlebten die österreichischen Betriebe erstmals ein System mit Abnahmegarantien und Fixpreisen, was vor allem nach den leidvollen Erfahrungen der Zwischenkriegszeit als grosse Erleichterung empfunden worden sein dürfte. Gleichzeitig wurde aber ein Kontrollsystem geschaffen, das die Ablieferung überwachte und mit der Einführung der Hofkarten die Betriebe zu gläsernen Höfen machte, die von der neuen Agrarverwaltung in allen Einzelheiten erfasst, beaufsichtigt und kontrolliert wurden.

Die im Frühjahr 1938 eintretenden wirtschaftlichen Verbesserungen waren massgebend für die Akzeptanz der neuen Machthaber im ländlichen Raum und schienen die hohe Erwartungshaltung an das Regime anfangs zu rechtfertigen. Vor allem das Ende der Zwangsversteigerungen brachte die Existenzsicherung zahlreicher Höfe und wurde sehr positiv aufgefasst. Unter die Sofortmassnahmen zur Hebung der Wirtschaftskraft der Agrarbetriebe fiel auch die Aufhebung der Zölle für landwirtschaftliche Betriebsmittel. Das Absaugen der Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft in besser bezahlte und in höherem Sozialprestige stehende Posten im deutschen «Altreich» machte sich in einem Rückgang der unselbstständigen Landarbeiter um etwa 19 Prozent allerdings negativ bemerkbar. Zur Behebung des Arbeitskräftemangels auf dem Land waren nämlich beträchtliche

Lohnerhöhungen notwendig.⁵ Es waren in erster Linie die Landarbeiter, die grosse Hoffnung in den Nationalsozialismus setzten.⁶ Durch die Agrarkrise oftmals in die Saisonarbeit, Arbeitslosigkeit oder Bettelei getrieben und von der Desintegration des «Ganzen Hauses»⁷ stark betroffen, sahen sie nun Chancen für eine berufliche Verbesserung. Sehr rasch fanden viele von ihnen Arbeit in anderen Branchen. Damit die stark zunehmende «Landflucht» die Einbringung der Ernte nicht beeinträchtigte, wurde vier Monate nach der Machtergreifung die Verpflichtung von Arbeitslosen zur Erntearbeit angeordnet. Bereits aktive Landarbeiter durften ihren Arbeitsplatz gegen den Willen ihrer Arbeitgeber nur mit Bewilligung des Arbeitsamtes wechseln.⁸ Das kam praktisch einem Berufswechselverbot für landwirtschaftliche Arbeitskräfte gleich, die nun wieder dringend gebraucht wurden. Unter Ausbeutung aller Arbeitskräfte bei gleichzeitiger Rationalisierung der Wirtschaftsführung sollte die österreichische Landwirtschaft unter dem Diktum der «Erzeugungsschlacht» ehestmöglich an das Niveau des «Altreichs» herangeführt werden, um sie erfolgreich in die Kriegsvorbereitungen beziehungsweise in die Kriegswirtschaft einzubinden.

In Deutschland war es zumindest für die politischen und administrativen Entscheidungsträger kein Geheimnis, dass die Okkupation Österreichs ernährungsmässig eine Belastung darstellen würde. Die Selbstversorgungssätze waren vielfach niedriger als in Deutschland. Während Deutschland Ende der 30er-Jahre zu 83 Prozent als autark in Bezug auf die Nahrungsmittelproduktion galt, waren es in Österreich nur 75 Prozent. Die grössten Mängel lagen in der Fett- und Eiweissproduktion. In Reaktion darauf wurde in Österreich die Fettproduktion forciert. Im Flachlandgebiet wurden vermehrt Ölsaaten angepflanzt (Raps, Rübsen). Im Berglandgebiet, wo der Ölsaatenanbau nicht funktionierte, wurde voll auf die Milchwirtschaft gesetzt. Die Zahl der Milchkühe und der Milcherzeugung stieg bis 1943/44 leicht an beziehungsweise blieb konstant auf hohem Niveau. Die Schweinefetterzeugung wurde hingegen nicht gefördert, weil sie mehr Energie verbrauchte als die Rinderfetterzeugung und das Schwein auch in Nahrungsmittelkonkurrenz zum Menschen steht. Auf dem Pflanzensektor wurden tendenziell arbeitsintensive Ackerkulturen vernachlässigt. Die gesamte pflanzliche Produktion nahm in Österreich während der NS-Zeit rapide ab. Die Erträge aus dem Ackerbau fielen im Jahr 1944 auf etwa 60 Prozent des Wertes von 1937.⁹

Die Berglandabteilung

Der grösste Unterschied im Vergleich zum «Altreich» lag in den naturräumlichen Gegebenheiten der österreichischen Landwirtschaft. Zwar hatten die NS-Agrarpolitiker Erfahrung mit kleinräumigen Berglandgebieten im Süden und Südwesten Deutschlands, aber diese Regionen waren klein und spielten wegen ihres weniger stark alpin ausgeprägten Charakters eine untergeordnete Rolle. Vor der ersten Abgrenzung des Berglandgebietes während der NS-Zeit gab es in Deutschland – im Gegensatz zu Österreich – weder eine geografische Abgrenzung noch eine spezielle Förderung der Berglandwirtschaft.¹⁰ Als nach dem März 1938 die österreichischen Betriebe dazukamen, änderte sich die Situation. Der österreichische Landwirtschaftsminister und Landesbauernführer der Landesbauernschaft Donauland, Anton Reinthaller, schrieb an die Parteikanzlei der NSDAP: «Bei dem verhältnismäßig kleinen Anteil, den das Bergbauerngebiet bis zum Jahre 1938 an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche hatte, wurden besondere Massnahmen zur Betreuung der Bergbauern nicht durchgeführt. [...] Durch den Anschluss der Ostmark und des Sudetengebietes mit ihren ausgedehnten Berglandgebieten wurde das Bergbauernproblem für das ganze Reich akut.»¹¹

Reinthaller unterbreitete den Vorschlag, für die Bearbeitung der Bergbauernangelegenheiten eine eigene Abteilung im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft (RMfEL) zu schaffen. In einer solchen «Bergbauernabteilung» sollten alle Agenden des Berglandgebietes beziehungsweise der Bergbauern zusammengefasst werden. Reinthaller sah die Notwendigkeit einer Berglandabteilung vor dem Hintergrund der ab März 1938 blitzartig einsetzenden Landflucht, die seiner Meinung nach gestoppt werden könnte, wenn für die Bergbauern eine gesicherte Existenzgrundlage geschaffen würde.¹² Mit dem Argument, dass die Bergbauernfamilien mit den angeblich höchsten Kinderzahlen im Deutschen Reich als «Blutquell der Nation» schützenswert wären, traf Reinthaller den Nerv der «Blut-und-Boden»-Ideologen. Am 1. Februar 1940 wurde die Berglandabteilung als Unterabteilung des RMfEL in Berlin installiert. Reinthaller führte 1948 aus, Darré hätte Österreich mit der Schaffung der Berglandabteilung eine gewisse Selbständigkeit lassen wollen.¹³ Nach Heinz Haushofer war die Berglandabteilung in ihrer personellen Zusammensetzung sowie ihrem regionalem Arbeitsgebiet eine fast rein österreichische¹⁴, die innerhalb der ansonsten zentralisierten Agrarbehörden eine regionale Sonderstellung innehatte.

Die Aufgaben der Berglandabteilung waren nur unscharf umrissen.¹⁵ Die «einheitliche Bearbeitung aller Berglandprobleme» durch das «Ausschöpfen aller Möglichkeiten» sollte der Festigung der Bergbauern dienen. Das Hauptaugenmerk lag auf der Futtermittelerzeugung und der Viehwirtschaft, beides Schwachpunkte auf Reichsebene. Die Berglandabteilung konnte erhöhte Beihilfesätze für den Bau von Siloanlagen, Gülleanlagen und die Beschaffung von landwirtschaftlichen Maschinen durchsetzen und erreichte eine bevorzugte Behandlung der Berglandgebiete bei der Beschaffung von Dünge- und Futtermittel sowie beim Ausbau der Infrastruktur (Weg- beziehungsweise Strassenanbindung, Almwege, Almseilbahnen). Reinthaller definierte nach und nach die Tätigkeiten der Berglandabteilung. Folgende «Aktionen» sollten in Angriff genommen werden:¹⁶

1. Landwirtschaftliche Wegebauten im Bergland: Wirtschaftswege, Güterwege, Seilwege.
2. Klein elektrifizierung im Bergland: Ausbau bestehender Stromnetze und elektrischer Anschluss von Höfen, Errichtung von Kleinkraftwerken, Ausstattung bergbäuerlicher Höfe mit elektrischen Anlagen.
3. Alpverbesserungen: Stall- und Hüttenbauten, Meliorationen, Anlage von Alpbüchern, Verbesserung der Wasserversorgung der Almen.
4. Behandlung der Wald- und Weidenutzungsrechte: Neuregelung, Absicherung und Ablösung von Rechten, Regelung bisher ungeregelter Nutzungsrechte.
5. Allgemeine Förderungsmassnahmen durch erhöhte Reichsnährstandsbeihilfen: Verbesserung der Wohn-, Stall- und Wirtschaftsgebäude, Erstellung von Gärfutterbehältern, Düngeranlagen, Bewässerungsanlagen, verstärkter Einsatz von Maschinen und Geräten, Förderung der Hauswirtschaft.
6. Bergbauernhilfe: Strassenfrachtenrückvergütung, Förderung des Nutzviehverkaufs.
7. Gemeinschaftsaufbau im Bergland.
8. Pflanzenbauliche und viehwirtschaftliche Sondermassnahmen für Bergbauernbetriebe.

Ausserdem galt für Bergbauernbetriebe eine ermässigte Grundsteuer mit einem Hebesatz von 80 anstelle von 110 Prozent und ein ermässigter Beitrag zum Reichsnährstand.

Bei der Behandlung der Bergbauernfrage waren im Allgemeinen ideologische gegenüber den wirtschaftlichen Argumentationslinien vorherrschend. In einem Schreiben an Anton Reinthaller sagte Stephan Kulterer (Landesbauernschaft Südmark in Graz): «Wir alle, die wir mit dem Problem des Bergbauerntums zu

tun haben und innerlich – insbesondere als Grenzländer – damit ringen, sind als Nationalsozialisten von dem Gedanken besessen, dass dieser fruchtbarste Teil des deutschen Volkes im Interesse der ewigen völkischen Sicherung der Grenze sowohl als auch im Interesse des Fortbestandes des Reiches überhaupt auf alle Fälle erhalten, in der Zukunft vermehrt und in seiner biologischen Kraft mit allen Mitteln noch verstärkt werden muß.»¹⁷

Die Abgrenzung des Berglandgebiets sollte nicht ausschliesslich auf wirtschaftlichen, sondern auch auf volksbiologischen «Blut-und-Boden»-Argumenten basieren. Wirtschaftliche Gründe allein wurden als zu wenig aussagekräftig eingestuft, weil sie den Bergbauernhof unvollständig charakterisierten. Bergbauern wären nämlich «jener Teil des Bauerntums [...], in dem die ursprünglichsten bäuerlichen Tugenden in der verhältnismässig reinsten Form zu finden sind. Es ergibt sich daraus, dass eine Gesellschaftsform, die dem Bauerntum eine tragende Rolle zuweist, gegen ihre eigene Idee verstossen würde, wenn sie den im Bergbauerntum liegenden ideologischen Wert nicht beachten würde.»¹⁸ Weil die Bergbauern also die «reinste Form» der bäuerlichen Tugenden widerspiegeln würden, verdienten sie in der nationalsozialistischen Gesellschaft gegenüber anderen Bauern eine erhöhte ideologische Stellung. Es gab aber auch handfestere Gründe für die besondere Stellung beziehungsweise Unterstützung der Bergbauern: Ihre Einnahmen stammten zu 60 bis 80 Prozent aus der Viehwirtschaft, das heisst sie waren auf Fleisch- und Fetterzeugung ausgerichtet und leisteten so einen Beitrag zur Schliessung der «Fettlücke».

Welche Bedeutung hatte die Berglandabteilung für die Bergbauern? Zunächst einmal war sie ein Glücksfall für die Berglandgebiete im «Altreich» und in einigen besetzten Gebieten (Sudetenland, Schlesien). Sie wurden in die neue Abteilung integriert und im Vergleich zu den Betrieben ausserhalb des Berglandgebietes steuerlich, ideologisch und im Förderwesen bevorzugt behandelt. Es war das Verdienst Reinthallers, die Berglandabteilung ins Leben gerufen zu haben. Die ideologische Instrumentalisierung der Bergbauern als die vermeintlich beste «Blutquelle» des deutschen Volkes dürfte er, wie auch die Betroffenen, dafür in Kauf genommen haben. Es deutet sogar einiges darauf hin, dass Reinthaller den Bergbauernmythos eigens inszeniert hat, um die alte österreichische Agrarverwaltung in irgendeiner Form am Leben zu erhalten und um bedeutende Geldmittel aus den Berliner Töpfen lukrieren zu können.¹⁹

Der «rassische Wert» der österreichischen Bergbauern im Nationalsozialismus

Eine allgemeine Definition, wer Bergbauer war und wer nicht, lag 1938 nicht vor. 1939 umriss das Wiener Institut für Wirtschafts- und Konjunkturforschung den Begriff des Bergbauern wie folgt: «Unter Gebirgsbauer versteht man meist jenen Bauer, der hoch oben in den Bergen, an der Grenze menschlicher Siedlungsmöglichkeiten, um seinen Lebensunterhalt ringt. Unendlich schwerer Arbeit steht ein geringer Ertrag gegenüber. Seine Wirtschaft ist ein Grenzbetrieb im ökonomischen Sinne. Umstände, die der Bauer im Tal kaum spürt, können ihn vor ungeheure Aufgaben stellen, können für ihn Sein oder Nichtsein bedeuten. Das Leben stellt an ihn höhere Anforderungen und schafft so eine Auslese, die für das ganze Volk eine Quelle besten Blutes bildet. Dieser Bauer auf dem letzten Hof zwischen unfruchtbarem Fels und menschlichem Siedlungsgebiet ist das Urbild dessen, was wir unter Bergbauer verstehen und ist zugleich auch der Grenzfall. Denn unter ihm beginnt noch lange nicht das Flachland.»²⁰

Im völkischen Sinne hiess das in etwa: Je höher am Berg ein Bauer wirtschaftete, je mehr er um seinen Lebensunterhalt in «unendlich schwerer Arbeit» ringen musste, desto härter war die Auslese und desto höher der völkisch-rassische Wert der Bergbauern. In seiner zeitgenössischen Arbeit über die Schwierigkeiten der Bergbauern sagte Paul Ehrenberg²¹ über den «Wert des Bergbauerntums», die wirtschaftliche Not und der Kampf mit der Natur hätten dem Bergbauern einen «schwer zu erschütternden Sinn» verliehen. Er halte deshalb stärker als Flachlandbauern am Hof, an der Sitte, am Glauben und am Brauchtum fest. Der Bergbauer sei eine «Kämpfernatur», «fleißig, kraftvoll und unverdrossen ohne Ermüden», sparsam, von einer «gewissen Neigung zur Auflehnung» («Wildern und Schmuggeln aus Leidenschaft»), er sei von «kühnem Wagemut», mit Neigung zu Kampfspielen. Der Bergbauer sei ausserdem «zumeist ein geborener Feind gefährlicher politischer Strömungen». Aus all diesen angeführten Gründen meinte Ehrenberg in den Bergbauern besonders wertvolle Vertreter des Bauernstandes zu erkennen, die für die Bevölkerungsvermehrung mehr leisteten als andere Bauern. Auch das «nordische Volkstum» sei in Berghöfen stärker ausgeprägt als im Tal.²² Ludwig Löhr²³ betonte ebenfalls die biologische «Leistungsfähigkeit» der Bergbauern, die auch bei schlechter werdenden Lebensbedingungen nicht abnehme. Er verwies dabei auf die Kinderzahlen in den Berggebieten Tirols, Vorarlbergs, Salzburgs, Kärntens und der Steiermark. Hier habe der «Kampf um das tägliche Brot gegen alle Härten der Umwelt» eine Auslese geschaffen,

die «willensschwache» und «kränkliche» Menschen beseitigt habe. Löhr folgerte daraus, dass die Bergbauern «Menschentum von höchstem Wert» seien, deren Vorzüge in «eisernem Willen», «Mut», «Ausdauer», «außerordentlichem Beharrungsvermögen», «Bedürfnislosigkeit», «unnachahmlicher Ruhe» und «hohen soldatischen Tugenden» liegen würden. Die wirtschaftliche Kraft der Bergbauern sei zwar bescheiden, aber ihre «biologischen und kulturellen Leistungen» würden ihnen laut Löhr eine «Lebensberechtigung im Rahmen der Volksgemeinschaft» verleihen.²⁴ Auch der Gaupresseamtsleiter des Reichsgaues Tirol-Vorarlberg, Franz Pisecky, war der Meinung, wer die Bergbauernfrage «mit dem Rechenstift angehen» wolle, müsse eigentlich für eine Absiedlung der Bergbauern sein, allerdings hätten wirtschaftliche hinter völkische beziehungsweise «volksbiologische» Argumente zurückzutreten.²⁵ Auch in der gleichgeschalteten Tagespresse stand resümierend: «Das Bergbauerntum [...] schließt die besten Grundsätze rassistischer Auslese in sich und ist daher hierzulande von der gesamten Rassen- und Bevölkerungspolitik nicht zu trennen.»²⁶

Die NS-Agrarideologen sahen in der landwirtschaftlichen Bevölkerung und besonders im Bergbauerntum den «Lebensquell der Nordischen Rasse», den sie durch soziale und wirtschaftliche Neubewertung zum «Neuadel aus Blut und Boden»²⁷ umfunktionieren wollten. In verklärter Argumentation wurde vom Trotzen gegen die Natur auf die kämpferische und (im militärischen Sinn) wehrhafte Einstellung der Bergbauern geschlossen. Für Reichsführer SS Heinrich Himmler war diese Kombination naturgegeben: «Ein Reich kann nur dann gesund und kräftig sein, wenn es als Träger ein starkes Bauerntum und ein kräftiges Soldatentum hat. Pflug und Schwert gehören seit Jahrhunderten zusammen und sind auch heute noch nicht zu trennen. Die Geschichte hat immer wieder bewiesen, daß, wer den Pflug zu führen weiß, auch mit dem Schwerte umgehen kann.»²⁸ Die Umsetzung dieser ideologischen Vorstellungen hätte nach dem gewonnenen Krieg realisiert werden sollen. Zunächst erschien es den NS-Agrarpolitikern notwendig, die Bergbauern wirtschaftlich zu unterstützen, um die Abwanderung in die Städte beziehungsweise in andere Berufszweige zu verhindern. Die Hilfsmassnahmen für Bergbauern entwickelten sich aus den Vorstellungen der Agrarideologen, das Bergbauerntum aus «rasse- und volkspolitischen» Gründen zu erhalten, um seine vermeintlichen, für das Regime vorteilhaften Qualitäten nutzen zu können (Wehrhaftigkeit, Kämpfergeist, Zähigkeit, Bedürfnislosigkeit), um das «Blut» in den deutschen Städten «aufzufrischen» und um «Menschenmaterial» für die Ostsiedlung zu gewinnen.

Der Gemeinschaftsaufbau im Bergland

Neben der Schaffung der Berglandabteilung und der ideologischen «Inwertsetzung» der Bergbauern war der Gemeinschaftsaufbau im Bergland ein weiteres Charakteristikum der NS-Agrarpolitik im alpinen Hochland.

Der Gemeinschaftsaufbau sollte für das Bergland alle erforderlichen Massnahmen bereitstellen, um die Mängel landwirtschaftlicher, landwirtschaftstechnischer, betriebswirtschaftlicher und rechtlicher Art in einem Aufwaschen zu beheben. Reinthaller wollte in einer einzigen gross angelegten «Aktion» die Bergbauernwirtschaft so umfassend sanieren, dass die Betriebe ohne weitere staatliche Subventionen ihre Aufgabe in der sogenannten «Erzeugungsschlacht» hätten übernehmen können. Der Grundgedanke des Gemeinschaftsaufbaus war, alle landwirtschaftlichen Betriebe einer Gemeinde in einer «Aufbaugenossenschaft» zusammenzuführen, in der alle beteiligten Betriebsführer Mitglieder sein sollten. Das Ziel war die grundlegende Erneuerung der strukturellen und produktionstechnischen Bedingungen eines Dorfes. Die geplanten Massnahmen umfassten die Arrondierung von oft weit auseinander liegenden Nutzflächen (Umlegung der Grenzen), Verkehrserschliessung, allfällige Wildbachverbauungen, Melioration durch Entwässerung, Entsteinung oder Flussregulierung, Strom- und Fließwasserversorgung, Bau- beziehungsweise Ausbau von Seilwegen, die Errichtung von Gemeinschaftsanlagen, Wirtschafts- und Wohngebäuden, Gülleanlagen und Gärfutterbehältern (Silos), Ankaufsermässigungen für Vieh, Dünger, Saatgut, Maschinen und sonstige Betriebsmittel, Ersatz der Frachtkosten und die Aussiedlung von Höfen aus zu dichten Dorfkernen. In den Gemeinschaftsaufbau sollten langfristig alle Gemeinden des Berglandes aufgenommen werden.

Da die Planungen zum Gemeinschaftsaufbau erst 1939 begannen und 1941 zur Umsetzung gelangten, waren die Ergebnisse dieser Aktion bis Kriegsende spärlich. Im Verlauf der NS-Herrschaft wurden immerhin 82 Gemeinden für den Gemeinschaftsaufbau vorgesehen, in 64 wurde mit konkreten Arbeiten begonnen. Die Kriegswirtschaft verhinderte allerdings die Umsetzung der meisten langfristig wirksamen Massnahmen. Das Hauptaugenmerk wurde – mit Rücksicht auf die Kriegslage – auf kurzfristige Erfolge in der Futtermittelerzeugung und der Milchwirtschaft umgelenkt. Wo die Umsetzung jedoch weit fortgeschritten war, wie in einigen Aufbaugemeinden im Reichsgau Tirol-Vorarlberg, war der Erfolg augenscheinlich. Eine Besichtigungsreise der SS in einige Tiroler Aufbaugemeinden im Jahr 1942 hinterliess «den nachhaltigsten Eindruck». Der Chef des Stabshauptamtes des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums

empfahl seinem Vorgesetzten Heinrich Himmler den Gemeinschaftsaufbau im Bergland als Vorbild für die «Aufrüstung des Dorfes und die Besiedlung des Ostens» wie auch für «die ländliche Neuordnung im Altreich».²⁹ Damit erlangte der Gemeinschaftsaufbau eine weit über das Berglandgebiet hinausreichende Bedeutung für die Nachkriegsplanungen.³⁰

Fazit

Abschliessend bleibt festzustellen, dass die nationalsozialistische «Tiefland»-Agrarpolitik nach der Machtergreifung in Österreich an die alpinen «Hochland»-Verhältnisse adaptiert wurde. Die Herausforderung für das NS-Regime lag zunächst in der prinzipiellen Entscheidung, was mit den Bergbauern geschehen sollte. Trotz interner Kritiker war die Entscheidung für die Aufrechterhaltung der Berglandwirtschaft gefallen. Die innerhalb der NS-Führungsriege nicht unumstrittene Strategie der NS-Agrarpolitiker äusserte sich in der Etablierung der Berglandabteilung und in der Bereitstellung von Finanzmitteln für eine Reihe von Aktionen wie den Gemeinschaftsaufbau im Bergland, der ohne ideologische Argumentationsgrundlage nicht hätte umgesetzt werden können. An der erfolgreichen Durchsetzung des Gemeinschaftsaufbaus lässt sich exemplarisch belegen, dass die Wirkungskraft der «Blut-und-Boden»-Ideologie auch in der Spätzeit des Nationalsozialismus durchaus gegeben war und in ihrer Bedeutung für die österreichischen Bergbauern bislang unterschätzt worden ist. Die Bergbauern standen im ideologischen «Ranking» des NS-Regimes über den «Tiefland»-Bauern, weil das Leben und (Land-)Wirtschaften in den Bergen den Menschen angeblich besondere Eigenschaften abverlangte, die im «Blut-und-Boden»-Kontext als rassisch und daher für die Zukunft Deutschlands wertvoll erachtet wurden.

Der mächtigste Mann der Bergland-Agrarpolitik, Anton Reinthaller, machte sich die «Blut-und-Boden»-Argumente zu eigen, um – mangels überzeugender ökonomischer Konzepte – auf diesem Weg etwas für die Berglandwirtschaft zu erreichen. Das dahinter stehende Kalkül scheint in mehrerlei Hinsicht aufgegangen zu sein. Zum einen erreichte Reinthaller nicht zuletzt auf diesem Weg, dass für die Hälfte der österreichischen landwirtschaftlichen Betriebe und für etwa zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche eine eigene Unterabteilung im RMfEL geschaffen wurde. Die der Berglandabteilung zugeordneten landwirtschaftlichen Betriebe erhielten neben der ideologischen

auch eine deutliche finanzielle Aufwertung. Zum anderen fungierte der elitäre nationalsozialistische Bergbauernbegriff auch als Motivator und Antreiber in der «Erzeugungsschlacht». Laufend wurde den Bergbauern eingeredet, wie bedeutend sie für die Volksgemeinschaft wären, dass sie aber in der österreichischen «Systemzeit» (1933–1938) unverschuldet in eine wirtschaftliche Rückständigkeit geraten waren, aus der ihnen der nationalsozialistische Staat heraushelfen würde. Mit dieser Argumentation, die sowohl Wertschätzung als auch Hilfsbedürftigkeit unterstellte, wurde versucht, die Akzeptanz des NS-Regimes auf dem Land zu erhöhen. Die ausgeschütteten Geldmittel sollten die Loyalität zum Regime stärken; sie steigerten aber auch den moralischen und propagandistischen Druck auf die alpine Landwirtschaft, den Zuwendungen auch gerecht zu werden. Durch die ideologische Überhöhung der Berglandbevölkerung wollte man klar machen, dass der Einzelne höhere Massstäbe an sich selbst anzulegen habe beziehungsweise davon ausgehen müsse, dass von ihm/ihr auch mehr Leistung als von der «Tiefland»-Landbevölkerung erwartet würde. Diese subtile Strategie der NS-Agrarverantwortlichen scheint erfolgreich gewesen zu sein, denn die im Berglandgebiet vorherrschende Grünland-, Milch- und Viehwirtschaft verzeichnete bis 1944 einen konstanten beziehungsweise leicht ansteigenden Verlauf.

Wie die betroffenen Menschen auf diese ideologische Inszenierung reagierten beziehungsweise ob sie sich durch die idealistische Darstellung ihrer Lebenswelt geschmeichelt oder abgestossen fühlten, war letztlich von der individuellen Einstellung zum Nationalsozialismus abhängig. Unbestritten dürfte hingegen sein, dass die Bergbauern zumindest materiell von der NS-Zeit profitierten. Aus den zahlreichen «Aktionen» konnten sich viele, wenn auch nicht alle Bergbauernbetriebe Vorteile verschaffen. Die Investitionen in die Infrastruktur hingegen kamen, soweit sie im Hinblick auf die Kriegslage noch realisiert worden sind, allen zugute. Neben diesen kurz- und mittelfristigen Auswirkungen dürfte auch eine längerfristige, bisher noch wenig untersuchte Auswirkung vorliegen: Die Teilnahme an den «Aktionen» geschah offiziell freiwillig, intern sprach man aber von einem «freiwilligen Zwang», der durch propagandistischen Druck, durch Drängen der lokalen Agrarfunktionäre und durch «nachbarschaftlichen Neid» aufgebaut werden sollte. Die auf diese Weise rasch und radikal herbeigeführten Rationalisierungsmassnahmen haben die Akzeptanzgrenzen der Landbevölkerung ausgedehnt. Was bis 1938 kaum denkbar war, wurde nun in die Realität umgesetzt. Die Bergbauern gerieten mit neuartigen organisatorischen, betriebswirtschaftlichen und agrartechnischen Ideen in Kontakt. Nach 1945

kamen einige dieser Ideen aus der NS-Zeit unter demokratischen Vorzeichen wieder zum Vorschein. Wie sich diese partielle Vorbildwirkung gewisser Teile der NS-Agrarpolitik und die Verschiebung der Akzeptanzgrenzen in der Nachkriegszeit konkret ausgewirkt haben, kann bisher nur exemplarisch gezeigt werden³¹, weshalb eine umfassende Beurteilung der langfristigen Folgen noch offen bleiben muss.

Anmerkungen

- * Der vorliegende Beitrag basiert auf meiner im Jahr 2011 an der philosophisch-historischen Fakultät der Universität Innsbruck eingereichten Dissertation mit dem Titel *Bergbauern zwischen NS-Agrarideologie und Kriegswirtschaft. Die Bedeutung der NS-Zeit für die österreichische alpine Landwirtschaft und die Bevölkerung des ländlichen Raumes*.
- 1 U. Kluge, *Bauern, Agrarkrise und Volksernährung in der europäischen Zwischenkriegszeit. Studien zur Agrargesellschaft und -wirtschaft der Republik Österreich 1918 bis 1938*, Stuttgart 1988, S. 263–287.
 - 2 N. Ortmayr (Hg.), *Knechte. Autobiographische Dokumente und sozialhistorische Skizzen*, Wien/Köln/Weimar 1992, S. 334–339 und N. Ortmayr, *Beim Bauern im Dienst. Sozialgeschichte des ländlichen Gesindes in Oberösterreich 1918–1938*, Wien 1986, S. 129.
 - 3 Kluge (wie Anm. 1), S. 277 f. Die Zahl von 40'000 entnahm Kluge dem *Neuen Wiener Abendblatt* vom 9. 12. 1932.
 - 4 S. Mattl, «Die Finanzdiktatur. Wirtschaftspolitik in Österreich 1933–1938», in: E. Tálos, W. Neugebauer (Hg.), *Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938*, Wien 2005, S. 202–220, hier S. 215.
 - 5 E. Hanisch, *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert*, Wien 1994 (Nachdruck 2005), S. 355.
 - 6 Ein Viertel der Beteiligten am Juliputsch 1934 kam direkt aus der Landwirtschaft (12,2 Prozent Knechte, 11,9 Prozent Bauernsöhne); siehe K. Bauer, *Elementar-Ereignis. Die Österreichischen Nationalsozialisten und der Juliputsch 1934*, Wien 2003. Weiter wurde festgestellt, dass von den zwischen 1933 und 1938 ausgebürgerten Nationalsozialisten die meisten «unterprivilegierte junge Männer bäuerlicher Herkunft» waren; siehe W. Meixner, «11'000 ausgebürgerte illegale Nazis aus Österreich zwischen 1933 und 1938», in: *Bericht über den 24. Österreichischen Historikertag in Innsbruck*, Innsbruck 2006, S. 601–607.
 - 7 Das «Ganze Haus» ist ein Forschungskonzept zur Rekonstruktion des vorindustriellen häuslichen Lebens.
 - 8 *Gesetzblatt für das Land Österreich*, N. 256, 1938.
 - 9 Eigene Berechnungen nach: Österreichisches Statistisches Zentralamt (Hg.): *Ergebnisse der landwirtschaftlichen Statistik in den Jahren 1937–1944*, Wien 1948.
 - 10 K. Ruppert et al., *Das Bergbauerngebiet der deutschen Alpen. Soziale und ökonomische Probleme aus geographischer Sicht*, München 1971, S. 5 f.
 - 11 Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft (RMfEL), Unterabteilung (UA) Bergland, Karton 17, Gemeinschaftsaufbau allgemein, Reinthaller an die Parteikanzlei der NSDAP in München, Geschäftszahl IX B 3 – 2269 vom 13. 10. 1941.
 - 12 E. Exel, *Der Reichsnährstand in Österreich. Eine Analyse der ideologisch bedingten volkswirtschaftlichen und agrarpolitischen Zielvorstellungen des Reichsnährstandes, deren praktische Verwirklichung und Auswirkung*, bearbeitet von T. Fischlein, Wien 1991, S. 49.

- 13 Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch), 99 Us 7/553, S. VIII, Eidesstattliche Versicherung von Anton Reinthaller vom 10. 5. 1948 im Wilhelmstrassenprozess gegen Richard Walther Darré.
- 14 H. Haushofer, *Ideengeschichte der Agrarwirtschaft und Agrarpolitik, Band II: Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart*, München/Bonn/Wien 1958, S. 304.
- 15 Einige Informationen bei Exel (wie Anm. 12), S. 56.
- 16 ÖStA, AdR, RMfEL, UA Bergland, Karton 17, Gemeinschaftsaufbau allgemein, Reinthaller an die Parteikanzlei der NSDAP, Geschäftszahl IX B 3 – 2269 vom 13. 10. 1941. ÖStA, AdR, RMfEL, UA Bergland, Kt. 93, Mappe «UA Bergland Liquidation Bd. I», der mit der Liquidierung der Berglandabteilung betraute Ministerialrat Theodor Lissner an den Beauftragten für die Liquidierung der Deutschen Dienststellen in Österreich am 28. 7. 1945.
- 17 ÖStA, AdR, RMfEL, UA Bergland, Karton 57, Ordner «Soziale Maßnahmen in der Ostmark II, Beiheft 1, Kinderbeihilfe in der Ostmark», Stephan Kulterer an Anton Reinthaller vom 14. 1. 1941.
- 18 P. Struzl, *Die Grundlage der steirischen Bergbauern-Wirtschaft und die Möglichkeiten zu ihrer Wiederbelebung*, Wien 1944, S. 30 f.
- 19 Eine wissenschaftlich fundierte Biographie zu Anton Reinthaller ist ein Forschungsdesiderat.
- 20 *Monatsberichte des Wiener Institutes für Wirtschafts- und Konjunkturforschung*, 13, 7, 1939, S. 204.
- 21 Paul Richard Rudolf Ehrenberg, 1875–1956, Agrikulturchemiker, siehe *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 4, S. 351.
- 22 P. Ehrenberg, *Die besonderen Schwierigkeiten in der Lage des deutschen Bergbauern und Wege zu ihrer Erleichterung*, Berlin 1939, S. 7 f.
- 23 Ludwig Löhr, 1943 Vorstand des Instituts für Wirtschaftslehre des Landbaus an der Hochschule für Bodenkultur in Wien.
- 24 L. Löhr, «Bergbauerntum als völkischer Kraftquell», *Deutsche Agrarpolitik*, 1/5, 1943, ab S. 152 (sechs nicht paginierte Seiten).
- 25 F. Pisecky, *Tirol-Vorarlberg*, Berlin 1940, S. 27–31.
- 26 *Innsbrucker Nachrichten* vom 15. 9. 1941, S. 3.
- 27 Beides sind Buchtitel des Reichsbauernführers und Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Richard Walther Darré.
- 28 Zitat von Heinrich Himmler in: *Deutsche Agrarpolitik*, 1/4, 1943, S. 125.
- 29 BArch, NS 19/1747, der Stabshauptamtsleiter des Reichskommissariats für die Festigung deutschen Volkstums (Ulrich Greifelt) an den Reichsführer SS (Heinrich Himmler) vom 1. 9. 1942 mit dem Bericht über die «Besichtigungsreise durch Aufbaugemeinden des Gaus Tirol-Vorarlberg» vom 20. bis 22. August 1942.
- 30 Weiterführende Literatur zum Gemeinschaftsaufbau im Bergland (neben der in Anm. * genannten Dissertation): E. Langthaler, «Der «Gemeinschaftsaufbau im Bergland» in Niederdonau: bäuerliche Selbststeuerung oder staatliche Fremdsteuerung?», in: *Tagungsbericht des 25. Österreichischen Historikertages, St. Pölten 16. bis 19. September 2008*, St. Pölten 2010, S. 187–194; G. Siegl, «Griff nach dem letzten Strohalm? Der nationalsozialistische «Gemeinschaftsaufbau im Bergland» am Beispiel des Reichsgaus Tirol-Vorarlberg», *Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes* 2, 2005, S. 161–169.
- 31 Zum Beispiel für die Aufbaugemeinde Fiss siehe H. Mang, *Tiroler Berggemeinden im Wandel. Serfaus – Fiß – Ladis*, Innsbruck 1970; oder für die Tiroler Agrargemeinschaften siehe G. Siegl, «Die Entstehung der Agrargemeinschaften in Tirol unter besonderer Berücksichtigung der Gemeindegutsagrargemeinschaften. Zur historischen Dimension eines aktuellen Problems», *Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes*, 6, 2009, S. 218–240.